

FRAGE

Innerhalb der EU wächst die Sorge über die Entwicklung des Finanzsektors in Spanien. Die Risikoaufschläge auf spanische Staatsanleihen liegen inzwischen auf Rekordhöhe. Angesichts der jüngsten Entwicklung spekulieren immer mehr Beobachter, dass das Land nicht ohne Hilfen aus dem Rettungsfonds auskommen dürfte. Kann Spanien die Finanzkrise aus eigener Kraft in den Griff kriegen?

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Notgedrungen, denn Spanien ist für den ESM schlicht zu groß. Daran würde sich der Euroraum überheben.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Mit einer Schuldenstandsquote von 68,5% im Jahr 2011 und einer Regierung, die sogar so auf ihre Reputation und mögliche Finanzmarktreaktionen bedacht ist, dass sie ihren strikten Reformkurs nun im Wochentakt mit neuen Maßnahmen untermauert, gehört Spanien nicht unter den Rettungsschirm, sondern in eine andere Schublade als die Programmländer Irland, Portugal oder gar Griechenland. Zu den zentralen Problemen Spaniens gehört allerdings neben der föderalen Struktur/Autonomie der Regionen und der erschreckend hohen Arbeitslosigkeit der angeschlagene Bankensektor. Deshalb ist es zu befürworten, dass die spanische Regierung am vergangenen Sonntag angekündigt hat, spezifisch auf die Rekapitalisierung seiner Banken gemünzte Milliardenhilfen aus dem Euro-Rettungsfonds zu beantragen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Aber das wird sehr teuer für Spanien.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Besser spät als gar nicht wird Spanien seiner Verantwortung gegenüber Europa gerecht.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Land kann sich nicht selbst vernünftig refinanzieren; es kann daher die zusätzlichen Mittel nicht auf den Finanzmärkten aufnehmen.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Der Kapitalbedarf der spanischen Banken würde zusammen mit den Defiziten der Regionen den Anstieg der Schuldenquote in Spanien drastisch beschleunigen. Forderungen nach weiteren wachstumsschwächenden Sparmaßnahmen wären die Folge und der Teufelskreis würde weitergehen.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung ,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Der Wertverlust aus dem Immobilienbereich drückt bei den Banken zu sehr. Dass derartig einseitige Kreditvergaben möglich waren bei einem modernen Risikomanagement (oder kennen das die Spanier nicht...) muss schleierhaft bleiben.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Die Abschreibungen auf Immobilien und auf Immobilienkredite übersteigen die spanischen Finanzmittel.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Abwärtsspirale an den Anleihemärkten hat eine zu große Eigendynamik entwickelt. Spanien muss durch Hilfen mehr Zeit erhalten, seine Probleme durch längerfristige Reformen in den Griff zu bekommen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die allgemeine Richtung der Politik Spaniens ist richtig. Jetzt braucht Spanien nur Zeit, damit die Reformen wirken können. Die von den Medien täglich neu geschürte Hysterie ist dabei natürlich wenig hilfreich.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Finanzmärkte, d.h. die Gläubiger werden halt immer unsicherer und fordern Aufschläge für ihre Risiken

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Frage ist überholt, die Spanier haben die Hilfe bereits beantragt. Die ersten Zahlen lassen Hilfen bis zu 100 Mrd. Euro vermuten.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die Frage ist weniger, ob Spanien das kann, sondern ob Spanien das will. Die Beantwortung der letzten Frage setzt ein Abwägen von ökonomischen sowie politischen Vor- und Nachteilen voraus.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Immobilienblase ist schlicht zu groß!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Kapitalisierung der Banken ist im Moment eine Aufgabe, der Spanien finanziell nicht gewachsen ist.



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die konjunkturelle Situation verschärft sich und bewirkt rückläufige Staatseinnahmen, welche den Handlungsspielraum des Staates zunehmend einengen. Zudem hat die jahrelange Verzerrung der Wirtschaftsentwicklung zu Gunsten der Bauwirtschaft Strukturen entstehen lassen, die kurzfristig kaum in Richtung von mehr Flexibilität und Wachstum verändert werden können. Zu deren Verfestigung hat zudem die sozialistische Regierung massiv beigetragen. Ohne ausländische Hilfe kann der Staat darum kaum wirksam zu Gunsten der Banken (z. B. durch Beteiligungen via Finanzspritze) tätig werden.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Last fauler Immobilienkredite ist zu hoch.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Dies ist sehr schwierig, da die Probleme zu groß sind.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Eigentlich könnte Spanien das notwendige Kapital selbst aufnehmen. Nur findet man dort 6+ Prozent Zinsen zu teuer. Der spanische Finanzminister bevorzugt deswegen die Finanzierung durch den Rettungsschirm zu negativen Realzinsen. Wen wundert's?

Prof. Dr. Horst Schellhaab Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Es fehlt bislang der Wille zu durchgreifenden Strukturreformen. Eine "Rettung" des Finanzsektors reicht nicht.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Können ja, aber wollen wohl kaum.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Natürlich ist der Schutzschirm bequemer, da er Spanien Ressourcen schenkt. Die Probleme sind seit mind. fünf Jahren bekannt, spanische Strukturpolitik und Reformen sind notwendig. Zinssätze um 7% (oder weniger bei Sicherheiten, die vorhanden sind) sind nur dann adäquaten Reformen zu erwarten sind – dann aber helfen die 100 Mrd. € auch nur, die Geberländer zu Vermögensübertragungen zu bringen!

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Rezession und Bankenkrise verstärken sich gegenseitig und alleine wird es schwer sein, da heraus zu kommen.



Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Spanien hat ein Problem im Finanzsektor, aber als Land noch kein alarmierendes Schuldenniveau

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Spanien hat inzwischen selbst eingesehen, dass es die Finanzkrise aus eigener Kraft nicht in den Griff bekommt. Letzte Woche noch hatte Spanien quasi keinen Zugang mehr zum privaten Kapitalmarkt.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Spanien ist dafür zu loben, dass es aus eigener Kraft versucht, aus dem Schuldensumpf herauszukommen. Das ist wesentlich überzeugender als eine bequeme Flucht unter den Rettungsschirm.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Spanien kann am Kapitalmarkt die benötigten Finanzmittel nicht mehr zu erträglichen Bedingungen refinanzieren.

Prof. Dr. Bruno Schöfeldler Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Spanien sollte sich davor hüten, alle in seinem Bankensystem steckenden Risiken zu sozialisieren und stattdessen einige Banken in Konkurs gehen lassen. Das mag zwar zu einem kurzen heftigen Einbruch führen, erleichtert aber die nachfolgende Erholung.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Steigende Risikoprämien und weitere Verschlechterung der Konjunktur sind die Folge.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Stolz alleine reicht nicht zur Lösung der Probleme spanischer Sparkassen. Sie brauchen Kapital in Milliardenhöhe

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Vermutlich nicht. Mittlerweile gehen alle Beobachter von einer Intervention der EU. Unter diesen Umständen werden die Märkte kaum anders zu beruhigen sein.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Voraussetzung sind zusätzliche angebotspolitische Maßnahmen. Insbesondere ist es erforderlich, den Arbeitsmarkt grundlegend zu deregulieren.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Weil die schon beschlossenen und noch zu beschließenden Strukturreformen einfach mehr Zeit bis zur Wirkung benötigen, als die Kapitalmärkte ihnen geben wollen.



FRAGE

Innerhalb der EU gibt es Streit um die Ausgestaltung des Rettungsfonds ESM. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat sich dafür ausgesprochen, dass die EZB künftig auch für einzelne Banken Liquiditätshilfen ermöglichen kann, ohne dass das jeweilige Land zuvor offiziell Hilfe aus dem Rettungsfonds beantragt haben muss. Auch Spanien hält einen solchen Weg für richtig. Die Bundesregierung ist strikt dagegen. Sollte die EU den Weg für direkte Liquiditätshilfen an angeschlagene Kreditinstitute frei machen?

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Liquidität ist Aufgabe der Zentralbank, nur diese kann die Schaffung zusätzlicher Liquidität für solche Banken an anderer Stelle geeignet neutralisieren. Es ist allerdings nur eine feine Linie zwischen Liquiditätshilfe und Konkursverschleppung.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Der EFSF sollte nur für die Rekapitalisierung von Banken eingesetzt werden – aber nur unter der Voraussetzung, dass der betreffende Staat seine generelle Zahlungsunfähigkeit erklärt hat.

Dr. Manfred Schwersen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wenn die Märkte die Liquidität nicht mehr bereitstellen können oder wollen, kann nur die EZB helfen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Durch den ESM, aber nach vorherigen offizieller Hilfsbeantragung, weil das gerade noch demokratisch legitimiert werden könnte.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Keine Vermischung der Zuständigkeiten. Was die Bankenstützung angeht, ist dies Aufgabe der EZB.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Damit sollte auch eine zentrale Bankenregulierung und -aufsicht einhergehen. Nationale Aufsicht und internationale Hilfen passen nicht zusammen. Internationale Nihilhilfe in der Zukunft kann man sich nach den jüngsten Hilfen nicht mehr vorstellen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Vermutlich würde dies zumindest die Märkte etwas beruhigen und de facto interveniert die EZB ohnehin. Allerdings würde das die Inflationserwartungen vermutlich deutlich erhöhen.



Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Nur so werden die Staaten den mit der Hilfe verbundenen Auflagen unterzogen.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Eine Rekapitalisierung sollte über eine europäische Bankenaufsicht erfolgen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Selbst wenn die EZB für die Bankenaufsicht zuständig wäre, fehlen ihr die nötigen Informationen. Der Vorschlag bedeutet somit einen Bail-Out für alle Problembanken, ob gut oder schlecht geführt. Wie soll dann noch Disziplin im Kreditmarkt eingefordert werden? Helikoptergeld für alle – oder nur für die Banken?

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ich halte klare politische Verantwortlichkeiten in diesem Fall für notwendig.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Nur der Nationalstaat ist für Regulierungen und auch Fehlregulierungen der Finanzbranche verantwortlich. Er muss für die Verhandlungen um Hilfsmaßnahmen daher mit ins Boot geholt werden.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der IMF könnte Kapitalhilfen bereitstellen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Solange Europa keinen Durchgriff auf die Banken hat, ist dies Folge der Einheit von Führung und Verantwortung.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Im Prinzip sollte der ESM nur Banken zur Verfügung stehen. Diese sollten das Geld aber nur gegen Beteiligung und Kontrolle durch den ESM erhalten. Eventuelle Gewinne sollten dann an die Geldgeber ausgeschüttet werden.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine Zentralbank muss die „Lender of Last Resort“-Funktion übernehmen. Ansonsten werden alle Banken zum Spielball der Spekulanten und ein Bank Run durch private Haushalte ist nicht auszuschließen.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Rettung durch die EZB liefe auf eine Abwälzung der Lasten auf die noch zahlungsfähigen Länder hinaus. Das setzt völlig falsche Anreize.



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Wir brauchen eine pan-europäische Organisation, die Regulierung und Unterstützung bereitstellen kann. Kurzfristig kann das nur die EZB.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Trend zur immer stärkeren Vergemeinschaftung von Schulden muss gestoppt werden.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Aus heutiger Sicht erscheint das Verhalten der EZB als weniger politisiert als man dies vom Stabilitätsmechanismus erwarten muss.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Insolvenz einer Bank ist ein Problem des Bankensektors (einschließlich ausländischer Institute mit FDI), bei großen Banken evtl. die nationale Regierung eingreifen mit Teil-Verstaatlichung. Hilfen über die EZB ändern die Eigentümerstruktur nicht und zwingen auch den deutschen Steuerzahler zur Finanzierung von Aktionären sowie der span. Fiskalpolitik Die EZB entfernt sich weiter von ihrem Auftrag und wird weiter politisch instrumentalisiert

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Durch den ESM, aber nur wenn der Fiskalpakt vorher umgesetzt ist.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Nachdem das Target-System allmählich an seine Belastungsgrenze stößt, würde ein neues Kredit-system mit Gemeinschaftsdeckung die Krise nur noch verschärfen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Bei Liquiditätshilfen stellt sich letztlich immer die Frage wer haftet für wen in welchem Umfang, und wer hat die Kontrolle und beschließt über diese Haftungsverflechtungen. Beim ESM und den der Auszahlung an Staaten ist diese Frage geklärt, bei allen anderen Vorschlägen nicht. Insbesondere Wird es immer unklarer was die EZB eigentlich genau tut und welchen Interessen sie folgt. Die EZB kann ich nicht mehr als neutrale sachkompetente Instanz, der man zutrauen kann, dass sie das Richtige tut, sehen.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Die EZB ist „Lender of last resort“ – nicht für die Staaten, sondern für die Geschäftsbanken.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Moral Hazard gilt es zu vermeiden.



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Bankenaufsicht liegt ja auch im Wesentlichen in nationalen Händen. Der Nationalstaat sollte für die Fehlleistungen seiner Aufsichtsbehörde haften.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der direkte Schutz des Euro-Finanzsystems ist wesentlich sinnvoller und billiger als die Vergemeinschaftung staatlicher Schulden. Dafür braucht man auch keinen ESM, sondern nur zeitlich und in der Höhe begrenzte Hilfen für Länder, die ihre Banken nicht selbst retten können.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Bankenaufsicht liegt auch in den Händen des Nationalstaats.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die politischen und institutionellen Voraussetzungen für eine Hilfe durch die EZB sind noch nicht gegeben.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Dabei sollten EZB und ESM durchaus mitwirken, wobei die Kontrolle durch die übrigen Staaten jedoch sichergestellt sein müsste.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Das ist die Aufgabe einer Zentralbank, die Bonität der Banken jederzeit sicherstellen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Es gibt keinen Grund, ein Land in den ESM zu zwingen, wenn es nicht - wie im Fall Spaniens - um die Refinanzierung des Staatshaushaltes geht.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der jeweilige Nationalstaat allein darf Liquiditätshilfen gewähren. Es muss aber auch möglich sein, dass Banken Konkurs gehen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Der Nationalstaat war und ist für die jeweilige Bankenaufsicht zuständig, folglich soll er auch die Folgen einer unzureichenden Bankenaufsicht tragen. Im Übrigen waren Zinsen in Höhe von 6 bis 7 Prozent für Staatsanleihen früher normal.



Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Einrichtung eines Bankenrekapitalisierungsfonds und eines Einlagensicherungsfonds auf europäischer Ebene ist längst überfällig

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Damit kann schnell und zielgerichtet interveniert werden. Zudem kann der Teufelskreis aus Banken geraten in Misskredit, sie müssen vom Staat aufgefangen werden, die Risikoaufschläge für Staatsanleihen steigen, was wieder zu Abschreibungen und Kapitalbedarf bei den Banken führt, durchbrochen werden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Rekapitalisierung von Banken durch den Euro-Rettungsschirm stellt ein wirksames, schnelles Mittel gegen Marktpanik dar. Liquiditätshilfen an angeschlagene Kreditinstitute müssen aber mit verstärkten Durchgriffs- und Weisungsrechten der europäischen Bankenaufsicht (EBA) einhergehen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die Liquiditätsversorgung von solventen Banken ist Aufgabe der Notenbank. Banken-Rekapitalisierung ist eine fiskalische Aufgabe. Dabei gilt das Prinzip: keine Haftung ohne Kontrolle!

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Spanien steckt in einer Bankenkrise, keiner Schuldenkrise. Daher ist es richtig, wenn der spanische Bankenrettungsfonds Hilfe bekommt und der Bankensektor reformiert wird. Dann hat auch die Realwirtschaft wieder Aussicht auf Finanzierung und Wachstum. Wenn Spanien am Spar- und Reformkurs festhält, kann es trotz Bankenrettung und Rating-Downgrade das Vertrauen von Anlegern zurückgewinnen.

FRAGE

Die EU plant im Zuge einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion auch eine Bankenunion. Kernpunkte sind neben gemeinsamer Bankenaufsicht auch ein europäischen Fonds zur Einlagensicherung und Abwicklung. Diese europäische Einlagensicherung soll die nationale ergänzen und für europaweit tätige Kreditinstitute die nationale Einlagensicherung langfristig ersetzen. Halten Sie eine europäische Einlagensicherung für richtig?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Unter der Voraussetzung ausreichend kapitalisierter, stabilisierter Finanzinstitute ist eine europäische Bankensicherung, verknüpft mit einem Abwicklungsmechanismus für systemrelevante Banken, in der langen Frist ein folgerichtiger Schritt, um den Teufelskreis zwischen schwachen Banken und schwachen Staaten zu durchbrechen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Aber langfristig – zuvor bedarf es noch weiterer Schritte.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Das wäre eine weitere Einladung zum „Moral Hazard“.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die Zeit ist hierfür noch nicht reif. Augenblicklich stellt dies nur eine weitere Sozialisierung von privaten Verlusten dar.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Derzeit ist ein starker Fluss von Kundeneinlagen aus den Peripherieländern der Eurozone nach Deutschland zu beobachten. Da wiederum der Interbankenmarkt völlig zum Erliegen gekommen ist, haben die Banken in der Peripherie eine erhebliche Liquiditätslücke, die durch die EZB geschlossen werden muss. Mit einer Mischung aus wirksamer Bankenaufsicht, ausreichender Kapitalisierung und gemeinsamer Einlagensicherung kann das Vertrauen in das Bankwesen wieder hergestellt werden und die Rolle der EZB wieder entlastet werden.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Europaweite Einlagensicherung und ein Abwicklungsfonds sind als Einstieg in die gesamtschuldnerische Haftung abzulehnen. Zwar hat die Krise die Notwendigkeit von Sanierungs- und Abwicklungsmechanismen für grenzüberschreitend tätige Banken gezeigt, um die Ausbreitung von Krisen und die Belastungen für Steuerzahler einzudämmen. Die neu geschaffenen europäischen Maßnahmen sollen sich erstmal bewähren bevor über eine Bankenunion nachgedacht wird. Diese löst und verhindert keine Krise, weil Haftung und Verantwortung auseinanderfallen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine Stärkung der Bankenaufsicht auf europäischer Ebene ist erforderlich. Dazu gehört aber keine supranationale Einlagensicherung

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Aber nur wenn vorher alle einzahlen... Warum sollen die deutschen Sparer die Zeche für spanische Bankenaktionäre zahlen?

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Ja, aber nur wenn vorher eine Fiskalunion, eine starke europäische Bankenaufsicht und ein einheitliches Aufsichtsrecht für die Banken in Europa installiert ist.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Nur kann in Krisensituationen die Kapitalflucht gestoppt werden.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die Beantwortung dieser Frage ist davon abhängig, welches politische Modell man von der EU hat.



Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die europäische Einlagensicherung wäre ein weiterer Schritt zur Haftungs-, Schulden- und Stagflationsunion.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist der logische nächste Schritt, wenn man auch in Richtung Fiskalunion geht. Die Banken außen vor zu lassen, kann kaum funktionieren.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine europäische Einlagensicherung schützt weder vor Bank-Runs noch vor einer Kapitalflucht.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Bevor es eine Bankenunion geben kann, müssen belastbare politische Mechanismen auf EU Ebene her, um Missbrauch zu vermeiden. Wenn dies gegeben ist, dann ja!

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Das liefe darauf hinaus, dass die deutschen Sparer "zur Kasse gebeten" werden könnten. Es käme zu unerwünschten Belastungen Deutschlands wie bei anderen Vorschlägen wie z.B. dem Vorschlag, Eurobonds einzuführen.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Eine Bankenunion ist prinzipiell vernünftig. Altlasten müssen allerdings bei der Bankenunion ausgeschlossen bleiben

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Wenn das richtig gemacht wird, können Risiken besser gestreut werden und regionalen Problemen in der EU-Bankenlandschaft kann besser begegnet werden.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Wollen wir Europa noch weiter auf "Moral Hazards" aufbauen? Das ist nach allem, was wir Ökonomen wissen, unter den gegenwärtigen Bedingungen völlig anreizinkompatibel.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Ja, innerhalb der Währungsunion – und zwar unter Berücksichtigung der Zusammenführung der nationalen und internationalen Aufsicht.



Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das ist wieder ein Schritt zu einer Vereinheitlichung in Europa.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Da hauptsächlich international tätige Banken betroffen sind, muss das Problem auf europäischer Ebene angegangen werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es ist zu befürchten, dass es zu einer Umverteilung von Ländern mit geringem Risiko hin zu Ländern mit hohem Risiko kommt. In diesem Fall würde der Druck zu Strukturreformen in Hochrisikoländern reduziert, was der falsche Weg ist.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Bei der Umsetzung müsste allerdings sehr auf die Subsidiarität geachtet werden – d.h. die Finanzierung müsste allerdings ein detailliertes Risk-rating erfolgen und es müsste strikt darauf Rücksicht nehmen, welche nationalen oder von einzelnen Bankengruppen selbst getragenen Sicherungseinrichtungen es bereits gibt und welche Risiken, die einzelne Banken nach ihrem effektiven Geschäftsgebaren tragen, bis auf die europäische Ebene durchschlagen können.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Ja, aber nur wenn für Bankenaufsicht und -regulierung zentrale Institutionen mit durchsetzbaren Kompetenzen geschaffen werden. Eine Bankenunion wäre unter diesen Bedingungen eine sinnvolle Flankierung der Geldpolitik in der Währungsunion.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Bevor man über so etwas nachdenkt, sollte man erst mal eine europäische Bankenaufsicht errichten und sich davon überzeugen, dass sie die nötige Schlagkraft hat. Ich halte es für ein Gerücht, dass die jemals ausreichen könnte.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die wäre auch ein Schritt zur Festigung des Integrationsprozesses.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Moral Hazard droht bei dieser Lösung!

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Wenn es bei der Währungsunion ohne Exit-Möglichkeit bleibt, gibt es keinen anderen Weg als über EU-Regulierungen Sicherungen einzuziehen. Mir wäre aber dezentrale Verantwortung und eine Euro-Exit-Möglichkeit lieber.



Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Der Vorschlag wirkt letztlich wie Euro-Bonds. Er erspart verschuldeten Ländern zusätzliche Sparanstrengungen und führt zu Umverteilung von fiskalisch disziplinierten Ländern zu den undisziplinierten Ländern.

Prof. Dr. Horst Schellhaas Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Diese Frage lässt sich nicht mit einem einfachen "ja" oder "nein" beantworten. Auch der Wettbewerb von Regulierungssystemen bringt Vorteile im Hinblick auf eine effiziente Weiterentwicklung der Regulierung.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Lösung sollte aber erst im späteren Integrationsstadium angegangen werden.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es gibt durchaus noch nationalstaatliche Regulierungssysteme für die Banken. Eine europäische Einlagensicherung hielte ich erst für sinnvoll, wenn wirklich einheitliche Regelungen gelten und auch strikt überwacht würden.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Auch bei dem Vorschlag einer europäischen Einlagensicherung geht es um die Abwälzung nationaler Risiken auf die strapazierte Gemeinschaft.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ein solche Sicherung ist richtig, aber nicht ersetzend, sondern ergänzend zu den nationalen Sicherungen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Eine Bankenunion wirkt wie ein Euro-Bonds mit gemeinsamer Haftung: es führt zu einer Umverteilung und schädigt den Bankplatz Deutschland. Es ist bezeichnend, dass inzwischen die Koalition der "Versager" und "Umverteiler" mit Forderungen nach Vermögensübertragungen letztlich stets erfolgreich die allokatons- und risikoorientiert rational Handelnden "zwingen" können.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Das jetzige System hat sich nicht bewährt. Ein integrierter Markt kann nicht mit separierten Aufsichtssystemen funktionieren.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Ein einheitliches Einlagensicherungssystem macht bestenfalls Sinn, wenn auch die anderen Komponenten des Regelungssystems vereinheitlicht sind. Da bleibt kein Spielraum mehr für nationale Komponenten.



Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Solange Sie subsidiär ausgestaltet ist und eingesetzt wird – und nicht in eine reine Kollektivhaftung führt.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das wäre ein logischer Schritt in einer Währungsunion, der ESM könnte und sollte dafür aber entfallen.

FRAGE

Die Bundesregierung hat vor rund einem Jahr eine fundamentale Energiewende eingeleitet. Inzwischen wächst die Kritik vor allem aus der Wirtschaft. Wie beurteilen Sie die Energie-Politik der Bundesregierung auf einer Skala von 1-6?

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Unnötig, unbedacht, schlecht implementiert.



Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Energiewende führt in ihrer jetzigen Ausgestaltung geradewegs in die Planwirtschaft. Wettbewerb und Effizienzgedanken spielen keine Rolle. Die dicke Rechnung kommt noch.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Ziele zu definieren reicht nicht aus. Ein Management ist mindestens genauso wichtig.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Energiewende wurde überstürzt eingeleitet, ohne Strukturen dafür anzupassen.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Opportunistisch, nicht durchdacht, teuer, nicht zielorientiert, wirtschaftsschädigend

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Nach der Atomkatastrophe von Japan hatte man kein echtes Konzept für die Energiewende, sondern hat rein populistisch entschieden. Die Kosten kommen erst jetzt auf den Tisch.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Mangelnde Transparenz bezgl. Strategie in der Energiepolitik / Bislang keine einheitliche Linie bei beteiligten Ministerien.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Bundesregierung hat die Energiewende äußerst schlampig vorbereitet und offenbar aus wahltaktischen Erwägungen im März 2011 verkündet.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Der Bundesregierung fehlt es ganz klar an umwelt- und energiepolitischer Kompetenz sowie an entsprechenden Leitlinien. Die chaotischen Grabenkämpfe zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium sind geradezu absurd. Zudem gibt es weiterhin große Widerstände bei CDU/CSU und FDP dieser (richtigen, aber natürlich gegenüber der vorherigen Atompolitik abenteuerlichen) Energiewende zu folgen. Viele träumen offensichtlich noch immer von einer längeren Nutzung der Atomkraft...

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Populistische Panikentscheidung nach Fukushima!



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die ganze Energiewende ist ein dirigistischer Wahnsinnsakt

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist keine durchdacht und konsistent Strategie erkennbar, was zu großer Verunsicherung führt.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Wesentliche Schritte zur Umsetzung der Energiewende fehlen noch.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die sogenannte Energiewende in der praktizierten Form ist eine fundamentale Fehlentscheidung, die dringend zurückgenommen werden müsste.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Beim Beschluss zur Energiewende wurden die Anpassungskosten sowie der Widerstand der Wende-Verlierer sträflich unterschätzt.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ich habe Zweifel, dass die getroffenen Regelungen auf ausgegorenen Konzepten beruhen, wie die Energiewende umzusetzen ist, und auch die Konsequenzen für die Energiesicherheit, die Wirtschaft und den Standort Deutschland sind vermutlich kaum zu Ende bedacht.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der Ausstieg aus der Atomkraft wurde überhastet und aus opportunistischen Gründen eingeleitet. Alternativkonzepte, die einen Anstieg der Energiekosten bremsen könnten, sind bisher nicht sichtbar, weder konzeptionell noch in der Umsetzung.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Das war politischer Aktionismus ohne Berücksichtigung ökonomischer Realitäten.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Energiewende ist keine einfache Aufgabe. Daher kann man m.E. mit etwas Wohlwollen und dem Anerkennen des Bemühens bzw. des politischen Willens ein "Gut" vergeben.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:



Die Durchführungsebene wurde bisher zu wenig bearbeitet. Erst die konkrete Durchführungsplanung deckt Widerstände und Probleme, die bewältigt werden müssen, auf.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die aktuelle Regierung (und ihre Vorgänger) ignorieren weitestgehend die Kosten der Energiepolitik. Dadurch werden Ressourcen verschwendet und auch die Erreichung der umwelt- und energiepolitischen Ziele wird damit letztlich vermindert.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Der Beschluss per se ist durchaus nachvollziehbar. Aber die Politik muss dann auch die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, statt nur Reden zu halten.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Politik ist konzeptlos und folgte der Wählerstimmung nach der Atomkatastrophe in Japan. Es werden völlig falsche Anreize gesetzt und Subventionen für ineffiziente Photovoltaikanlagen verschwendet.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es ist ein überstürzter, opportunistischer Ausstieg aus der Kernenergie.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Es liegt kein Konzept vor, und das wenige, was vorliegt, ist weder mit den anderen EU-Staaten noch mit der EU-Kommission abgestimmt. Die rechtlichen Voraussetzungen zum Netzausbau werden Schwierigkeiten bereiten und die Kosten laufen aus dem Ruder.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Mit der Energiewende haben wir alle Nachteile auf uns gezogen: Das Atomrisiko sinkt nicht wirklich (Nachbarn), die eigene Industrie wird nicht wirklich gefördert, sondern eher zum "rent seeking" ermuntert (EEG) und es kostet den Bürger Milliarden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die deutsche Energiewende bringt enorme Wohlfahrtseinbußen mit sich, ohne viel für das Weltklima zu leisten. Was wir an CO₂ einsparen, wird wegen des Emissionshandels anderswo zusätzlich emittiert. Viel sinnvoller wären zweckgebundene Finanzhilfen an Länder, die z.B. durch Einstellen der Brandrodung ein Vielfaches an CO₂ zu weitaus geringeren Kosten einsparen könnten.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Eine Entscheidung ohne Vorstellung über die entstehenden Kosten.



Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik ,
Universität Potsdam:

Die sog. Energiewende ist eine politisch initiierte kommende Strukturkrise in Deutschland. Sie reduziert primär die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und damit den deutschen Leistungsbilanzüberschuss in der EU. Die Realeinkommen werden in Deutschland sinken. Dabei hat (nur) die deutsche Politik jedes ökonomische Renditedenken degradiert. Die Emotionalität wird benutzt, weil die Kosten der Krise die Zahlungsbereitschaft deutlich übersteigt.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Der Ausstieg aus der Kernenergie erfolgte überhastet ohne tragfähigen Ausstiegsplan

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Bisher sind nur die Kosten für die Verbraucher gestiegen ...

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Bisher war die Politik, wie in vielen anderen Bereichen, eher kurzfristig orientiert.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Atomkraftwerke wurden planlos abgeschaltet und man hat viel zu wenig gemacht, um die Beschränkungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien anzugehen. Man sollte auch das Thema Fracking nicht völlig außen vor lassen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Mangelhaft

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Der Ausstieg aus der Atomenergie erscheint unüberlegt und überhastet. Zudem wurde die Entscheidung über den zukünftigen Energiemix schon seit der Regierung Schröder verschleppt. Auch die jetzige Regierung scheint die industriepolitischen Folgen ihres Handelns wenig zu bedenken.

FRAGE

Innerhalb der Bundesregierung wächst der Druck auf eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Laut Medienberichten bereitet Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler eine Ökostromquote vor, die das EEG ersetzen könnte. Danach würde die Regierung den Stromversorgern künftig eine bestimmte Quote für die Stromerzeugung vorgeben, die aus erneuerbaren Energien stammt. Wie die Energiekonzerne diese Quote erfüllen, würde ihnen überlassen bleiben. Von dem Vorstoß erhofft sich Rösler offenbar wieder sinkende



Strompreise. Sollte die Bundesregierung das EEG durch eine Ökostromquote ersetzen?

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Wenn das Instrument geeignet wäre, Energiepreise (etwa über Kosten) zu senken, würde wohl schon der eine oder andere pfiffige Unternehmer in dieser Richtung aktiv sein.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine Ökostromquote ist immer noch besser als das EEG.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Quoten sind stets wohlfahrtsmindernd – und nur politisch "ideal", weil einfach und im Falle der Nichteinhaltung die Wirtschaft schuld und die Politik zu weiteren Eingriffen in den Markt berechtigt ist. Das Produkt "Öko-Strom" ist zu komplex (dezentrale Produktion, Transport resp. Leitung, Vernetzung und Sicherung, Verbrauch usw.), die Koppelung Entscheidung, Investition und Haftung nicht gegeben. Die Politik kann das Problem nicht adäquat lösen. Die Kosten steigen unnötig höher.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ökostrom zu fördern ist lohnenswert.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Mit einer Ökostromquote, verbunden mit einem Zertifikatesystem, würde ohne Vorgabe einer bestimmten Technologie eine effiziente Mengensteuerung für grün erzeugten Strom umgesetzt.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Je weniger planwirtschaftliches Eingreifen des Staates, desto besser. Absolut wichtig wäre aber, den Stromkonzernen genau auf die Finger zu sehen!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ich glaube, letztlich ist das nicht so wichtig. Wichtiger wäre Planungssicherheit, um langfristige Investitionen zu ermöglichen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Herrn Röslers Hoffnungen wirken nicht realistisch.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es sollte der Phantasie der Marktteilnehmer überlassen bleiben, wie sie die Quote erreichen.



Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es müsste nicht jeder teure Strom aufgekauft werden, sondern nur bis zur Quote.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gilt, erst die Implikationen genauer zu prüfen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Einheitliche Quoten berücksichtigen nicht, dass die Kosten der CO₂-Einsparung in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich sind. Besser wäre eine Ausweitung des Zertifikatesystems z.B. auf Immobilien und Verkehr.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Eine Ökostromquote passt nicht in einen europäischen Strombinnenmarkt. Der Impuls müsste von der EU ausgehen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein solches System würde zwangsläufig eine weitere Bürokratisierung bewirken, da eine Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben unerlässlich wäre.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die Quote könnte die angestrebten Ziele mit deutlich geringeren Kosten erreichen.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die Ökostromquote schafft mehr Flexibilität, löst aber die Probleme nicht.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Ökostromquote macht auf jeden Fall mehr Sinn als das augenblickliche Instrumentarium. Bei einer solchen Quotenregelung käme die Ökostromförderung billiger.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das Quotenmodell hat bereits in UK kaum funktioniert.

Prof. Dr. Horst Schellhaab Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Das ist schon besser als die bisherige reine Subventionierung der Erzeugung von Ökostrom, da hiermit auch die Nachfrage berücksichtigt wird.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das ist mein Vorschlag seit langer Zeit, weil dann endlich der Wettbewerbsdruck auf den besten "Cocktail" erzeugt wird.



Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Das ist die Forderung von Monopolkommission und Sachverständigenrat und überzeugend.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Besser wär's, das EEG grundlegend zu überarbeiten.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Auch diese Regelung ist nicht marktkonform. Eine Verteuerung der Emission von Schadstoffen würde Anreize setzen, den Einsatz klimafreundlicher Energieträger zu erhöhen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ach du liebe Zeit, noch eine Quote. Aber immer noch besser als des EEG.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... ist das kleinere Übel!

FRAGE

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer nimmt einen neuen Anlauf für die Einführung einer Pkw-Maut. Mit ihrer Hilfe will er eine ausreichende Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen. Nach den Plänen sollen die Einnahmen aus einer möglichen Pkw-Maut künftig zweckgebunden in den Straßenbau fließen. Sollte die Bundesregierung eine Pkw-Maut einführen?

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es muss endlich auch einmal der private Transit-Verkehr belastet werden. Jeder, der die Straßen benutzt, muss zur Finanzierung beitragen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Erstens: Ich traue der Politik nicht, wenn sie sagt, dass die Einnahmen zweckgebunden sein werden. Zweitens: Wo hört das auf, wenn für alle möglichen Staatsaufgaben zusätzliche Gebühren erhoben werden?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Eine Maut würde auch ausländische Nutzer an den Kosten beteiligen. Inländische Fahrer könnten anders entschädigt werden.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Zusätzliche Finanzierungsquellen beim Staat schaffen nur zusätzliche Ineffizienzen



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

.... und zeitabhängig!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine nutzungsabhängige Gebühr ist fair und effizient. Autobahnen sind ein knappes Gut. Dank verfügbarer Maut-Technologien ist die Ausschließbarkeit für Nichtzahler heute möglich. Wir sollten daher endlich aufhören, Autobahnen als "öffentliches Gut" zu behandeln.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Wenn man glaubt, dass PKW-Halter einen höheren Beitrag leisten sollten, was ich grundsätzlich tue angesichts der negativen externen Effekte des Straßenverkehrs, dann wäre eine Erhöhung der Mineralölsteuer einfacher und effizienter. Sie würde nämlich verbrauchsabhängig sein und Anreize setzen, treibstoffsparende Modelle zu kaufen. Außerdem setzt sie direkt am externen Effekt (Verschmutzung) an und nicht an der Fahrleistung (was macht man z.B. bei den oben vorgeschlagenen Alternativen mit Hybrid- und Elektroautos?).

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Es ist sinnvoll nach dem Pay-as-you-use-Prinzip abzurechnen, wo immer es mit einfachen Mitteln möglich ist. Allerdings müssen im Gegenzug die allgemeinen Steuern gesenkt werden.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Nur bei Abschaffung der KfZ-Steuer.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Reduzierung anderer Belastungen der Autofahrer.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es wird nur dazu dienen, den regulären Haushalt zu kürzen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

... aber nur als Ersatz für die Kfz-Steuer.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Eine Maut wird dem Status Deutschlands als Transitland gerecht. Sie sollte die Kfz-Steuer ersetzen, aber nicht ergänzen.



Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Straßennutzungsgebühren sind volkswirtschaftlich durchaus sinnvoll. Eine Zweckbindung dürfte allerdings nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sein.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Nur dann hat es Steuerungswirkung und ist direkt mit der Nutzung im Einklang.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Staat hat genug Mittel, um seine Aufgaben anders zu finanzieren.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Administrativ ist eine Vignetten-Lösung wahrscheinlich einfacher, aber brauchbare Lenkungswirkungen kann nur ein nutzungsabhängiges Modell entfalten. Mit der Technik der LKW-Maut müsste Deutschland eigentlich in der Lage sein, in diese Richtung zu gehen, auch wenn die Erfassung von PKW-Transit-Verkehr wahrscheinlich schwieriger ist als bei LKWs.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Kraftfahrer sollen für ihren Ressourcenverzehr aufkommen. Es sind aber die schweren Lkw, die fast allein die Ressource Straße abnutzen. Und was die Abgase betrifft, hilft eine höhere Kraftstoffsteuer. Die Pkw-Maut führt zu nichts als Bürokratie und ggf. Ausweichreaktionen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Primär sollen Ausländer zur Finanzierung beitragen. Aber es gibt keine vertrauenswürdige Garantie für eine dauerhafte 100%-Bindung noch für die Nicht-Umverteilung der bisherigen Mittel noch für kompensierende Steuersenkungen. Es ist primär eine Art von Steuererhöhung und Belastung der Bürger.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Eine Pkw-Maut führt zur Belastung der Nebenstrecken. Die effizientesten Transportwege werden besteuert, dies ist nicht sinnvoll. Wenn Herr Ramsauer mehr Geld einnehmen will, soll er die Mineralölsteuer anheben, dann werden Fahrleistung und Umweltbelastung besteuert.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Zur Kompensation der Kfz-Steuer, die dann entfällt.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Der Sache nach ist diese Maut nur eine zweckgebundene Steuer. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist schon jetzt zu hoch. Statt sich neue Steuern auszudenken, sollte man die öffentlichen Ausgaben senken.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Mineralölsteuer belastet bereits das Autofahren, und zwar richtigerweise in Abhängigkeit vom tatsächlichen Verhalten. Eine Maut wäre ein demgegenüber viel gröberes und aufwändigeres Instrument. Ihre ökologische Begründung ist daher nur vorgeschoben, es geht offensichtlich vorwiegend um rein fiskalische Zwecke.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ob die Zweckbindung eingehalten werden kann, ist zweifelhaft. Denn durch Einnahmen aus der PKW-Maut könnten Bundesmittel abgesenkt werden. Bleibt der Steuerungseffekt, d.h. weniger Nutzung des Pkw. Mit den existierenden Steuern auf PKW-Kraftstoff gibt es aber bereits verbrauchsabhängige Gebühren. Insofern ist eine PKW-Maut überflüssig.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

So kann man auch Vielfahrer und ausländische Pkw-Fahrer besser zur Kasse bitten.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Belastungen der Mobilität sind bereits enorm hoch und Mobilität ist sowohl für die Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, als auch als zentrales Element unserer gewohnten Lebensqualität unerlässlich.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Die Mineralölsteuer ist eine nutzungsabhängige Verkehrssteuer. Sie funktioniert auf einfache Weise. Warum durch etwas Kompliziertes ersetzen?

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Autofahren ist schon teuer genug oder nur dann, wenn im Gegenzug die KfZ-Steuer gesenkt wird.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Straßen sind knappe öffentliche Güter; die Benutzung sollte gemäß der relativen Knappheit bepreist werden.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Langfristig sollte die Maut "verbrauchsabhängig" ausgestaltet werden. In jedem Fall müsste bei Einführung einer Maut – abhängig von der Höhe der Einnahmen – die Kraftfahrzeugsteuer gesenkt oder abgeschafft werden.

Prof. Dr. Horst Schellhaas Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die verbrauchsabhängige Maut ist unter den vorgegebenen Alternativen die beste. Ökonomisch überzeugend wäre nur eine Maut zur Kompensation der Stauungs- und Umweltkosten.



Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Nachdem der Staat weiterhin Rekorderlöse erzielt ist die Notwendigkeit für neue Einnahmequellen nicht ersichtlich. Das Problem des Bundeshaushaltes ist weiterhin die Mittelverwendung. Dieses wird durch die Einführung einer Maut nicht gelöst.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Für zusätzliche Abgabenerhöhungen besteht kein Bedarf, die Verkehrsinfrastruktur kann ausreichend aus den bisherigen Abgaben finanziert werden. Eine PKW-Maut auf Autobahnen, die je nach Ausgestaltung auch recht bürokratieaufwendig wäre, würde den Verkehr unnötigerweise auf Landstraßen und teilweise sogar städtische Straßen verlagern.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Es muss auf Kosteneffizienz bei der Umsetzung geachtet werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Dafür gibt es bereits eine KfZ-Steuer.